

KRITIK AM BAUPROGRAMM DER LANDESREGIERUNG

TIROLER BAUBRANCHE WILL FÖRDERMITTEL ZURÜCK

Rund 300 Mio. Euro der Wohnbauförderung sind in den letzten Jahren in das allgemeine Budget geflossen. Ein Missstand, den die Tiroler Landesinnung Bau scharf kritisiert. Die Forderung ist klar: Das Geld muss rückwirkend in den Wohnbau fließen, um die schwächelnde Bauwirtschaft zu unterstützen.

Mit mehr als zwei Milliarden Euro will die schwarz-rote Landesregierung den hiesigen Baukonjunktur-Motor bis 2025 wieder ankurbeln – eine Summe, die Anton Rieder, Landesinnungsmeister und Vizepräsident der Tiroler Wirtschaftskammer, als „schlicht enttäuschend“ deklariert. Es gebe keinen zusätzlichen Anstoß für die klein- und mittelständische Bauwirtschaft. „Bei einem näheren Blick auf die Details wird schnell klar, dass von einem Konjunkturturbo nicht die Rede sein kann“, moniert Rieder.

Fehlgeleitete Fördermittel

Im Zentrum der Kritik steht weiter die Verwendung von Fördergeldern. Rund 300 Mio. Euro, die für die Wohnbauförderung in Tirol vorgesehen waren, wurden in den vergangenen Jahren in das allgemeine Budget umgeleitet. „Angesichts der großen Krise, in der die Bauwirtschaft aktuell steckt, wäre es besser, wenn das Land diese beträchtliche Summe in den Bau reinvestieren würde“, fordert Rieder und betont: „Wir wollen unser Geld zurück.“

Das abgezweigte Geld müsse im Verlauf der nächsten drei Jahre und



Das abgezweigte Geld aus dem Fördertopf muss dringend in die Revitalisierung des Wohnbaus investiert werden.

zusätzlich zu den bestehenden Fördermitteln in den Wohnbau zurückfließen, um Arbeitsplätze zu sichern und den schwächelnden Sektor wieder anzukurbeln. Gezielte Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die Gelder dort landen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Ruf nach Sanierungsoffensive

So fordert Rieder schleunigst eine Erhöhung der Sanierungsförderung für Einfamilienhäuser, da die Kostenobergrenzen bei weitem nicht ausreichen würden. Darüber hinaus soll das Volumen im gemeinnützigen Wohnbau um 30 Prozent erhöht werden. Im privaten Sektor brauche es eine Reform der Förderpolitik. „Die Rahmenbedingungen müssen sich verbessern, damit der Traum vom Eigen-

heim nicht an der Realität scheitert“, so der Landesinnungsmeister. „Wir sind bereit, in den politischen Dialog zu gehen.“

Schnellere Verfahren

Nicht zuletzt betont er die Notwendigkeit der Digitalen Baueinreichung, um langwierige Prozesse zu verkürzen und effizientere Abläufe zu schaffen. Hier sei vor allem die Mithilfe der Gemeinden unerlässlich. „Bis zum Baubeginn vergehen wegen der vielen Amtswege oft bis zu drei Jahre“, weiß Rieder und verweist auf das Beispiel Südtirol, wo binnen drei Monaten ein Baubescheid am Tisch liegt. „Alles Geld bringt nichts, wenn wir zu keinen Bescheiden kommen“, hofft er auf einen neuen Schwung für die Baubranche. ●

